

HOCHSAUERLANDKREIS
 der Landrat
 Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf
 59870 Meschede

ANTRAG
 auf Gewährung einer finanziellen Hilfe
 aus der Ausgleichsabgabe

1. Antragsteller / Angaben zum Arbeitgeber

Betriebsname, Rechtsform	(unbedingt angeben) Betriebs-Nr. des Arbeitsamtes _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _
Straße, PLZ, Ort	Telefon / Telefax
Wirtschaftszweig	
Anzahl der Beschäftigten Schwerbehinderten, Gleichgestellten u. a.	Arbeitsplätze insgesamt (Stand Z. Z.)
Ansprechpartner/in bei Rückfragen	Telefon
Vertrauensperson der Schwerbehinderten	Telefon
Betriebsratsvorsitzende/r	Telefon
Geltender Tarifvertrag	

2. Schwerbehinderter Mensch (wenn mehr als eine Person betroffen ist, bitte besondere Aufstellung als Anlage)

Name	Geburtsdatum	Grad der Behinderung	Einstellungsdatum
Straße		Ort	
Tätigkeit der schwerbehinderten Menschen	Berufsausbildung	<input type="checkbox"/> Vollzeitbeschäftigung <input type="checkbox"/> Teilzeitbeschäftigung _____ Std. / Wo.	
Es handelt sich dabei um			
<input type="checkbox"/> den bisherigen Arbeitsplatz <input type="checkbox"/> einen anderen vorhandenen Arbeitsplatz <input type="checkbox"/> einen neu zu schaffenden Arbeitsplatz			

3. Maßnahme

Was soll beschafft werden? (Bitte Kostenvoranschläge beifügen)	Kosten in EUR (ohne MwSt.)
Sonstiger Aufwand (z. B. Fremdarbeiten, eigene Material- und Lohnkosten, -Angebote, Nachweise o. ä. bitte beifügen)	
Gesamt	

Wurde der Betriebsrat und die Schwerbehindertenvertretung beteiligt? ja nein

Sind Sie vorsteuerabzugsberechtigt? ja nein

Erhalten Sie / Beantragen Sie von einer anderen Stelle (z. B. Agentur für Arbeit, Amt für Wirtschaftsförderung) Finanzierungshilfen im Zusammenhang mit der Beschäftigung der Schwerbehinderten Menschen? nein

ja, und zwar von _____ EUR _____

<p>Weitere Angaben und Begründung des Antrages, insbesondere zur Förderungshöhe</p>
<p>Überweisungen erbitte ich auf folgendes Konto</p> <p>_____ bei der _____ BLZ _____</p>

Ich bin darüber unterrichtet, daß die von mir erbetenen Angaben zur Erfüllung der Aufgaben des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe -Integrationsamt- erforderlich sind und zum Teil karteimäßig oder maschinell gespeichert und verarbeitet werden (Bundesdatenschutzgesetz vom 27.01.1977 -BGBI. I S. 201 -).

Die Erhebung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage der §§ 35 SGB I, 67 ff. SGB X.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift